



Bundesnetzagentur

Bonn, 8. November 2023

Amtsblatt 21

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
	Teil A	
	Mitteilungen der Bundesnetzagentur	
202	Anhörung zur Allgemeinzuteilung Vfg. 1/2014 von Frequenzen für Tankradare	1343
203	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG)	1343
204	Veröffentlichung der Stellungnahmen zu einem Antrag auf Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 73 Absatz 2 TKG zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze	1344
205	Vollständiger Widerruf von Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in einzelne Festnetze; hier: Veröffentlichung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens	1344
206	TKG § 12 Abs. 1 S. 2; Veröffentlichung der Stellungnahmen im Anhörungsverfahren zum Entwurf für eine Marktdefinition und -analyse betreffend den Markt für die Anrufzustellung auf der Vorleistungsebene in einzelnen öffentlichen Telefonnetzen an festen Standorten (Markt Nr. 1 der Märkte-Empfehlung 2014) BK1-23/001	1344
207	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag des Michael Rack (RSM Freilassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen; hier: BK11-23/016	1345
208	§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38 ff TKG; Entgeltgenehmigungsantrag der Telekom Deutschland GmbH vom 18.10.2023 für die laufenden Überlassungsentgelte der Carrier-Festverbindungen CFV-SDH ab 01.01.2024	1345
209	§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38 ff TKG; Entgeltgenehmigungsantrag der Telekom Deutschland GmbH vom 18.10.2023 für die laufenden Überlassungsentgelte der Carrier-Festverbindungen CFV- Ethernet over SDH ab 01.01.2024	1346
	Energie	
	Teil A	
	Mitteilungen der Bundesnetzagentur	
210	§ 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten	1347
211	Einleitung des Festlegungsverfahrens „REGENT 2026“ (BK9-23/610)	1347
212	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-11/227A03	1347

Mit-Nr.		Seite
213	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-13/096A03	1348
214	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-13/118A03	1348
215	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-16/067A01	1348
216	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-17/044A01	1348
217	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-18/060	1349

Mitteilungen

Telekommunikation

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 202/2023

Anhörung zur Allgemeinzuteilung Vfg. 1/2014 von Frequenzen für Tankradare

Im Amtsblatt Nr. 01/2014 vom 15.01.2014 hat die Bundesnetzagentur die Verfügung 1/2014 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Benutzung durch die Allgemeinheit für den nicht navigatorischen Ortungsfunk innerhalb vollständig geschlossener Räume oder Behältnisse“ veröffentlicht.

Diese Verfügung enthält Regelungen zur Anwendung der Frequenzbereiche 5,15–6,45 GHz und 8,10–10,60 GHz für die Benutzung durch die Allgemeinheit für Tankradare in geschlossenen Behältern.

Diese Regelungen ermöglichen die Nutzung bis zum 31.12.2023.

Die Verfügung enthält die folgenden Frequenznutzungsparameter:

Frequenzbereiche in GHz	Maximale äquivalente Strahlungsleistung in dBm (EIRP) ¹⁾	Maximale Magnetische Feldstärke in dBµA/m ²⁾
5,15–6,45	-30	3,3
8,10–10,60	-30	3,3

- 1) Maximale Leistung des Nutzsignals oder der Nebenausstrahlungen, gemessen an der für elektromagnetische Strahlung durchlässigsten Stelle außerhalb des geschlossenen Raumes oder Behältnisses.
- 2) Gemessen in 10 m Entfernung vom Raum oder Behältnis, in dem die Funkanwendung genutzt wird.

Aufgrund der Entwicklung der europäischen Harmonisierung sowie der technischen Weiterentwicklungen am Markt ist die Bundesnetzagentur der Auffassung, dass die nationale Verfügung 1/2014 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Benutzung durch die Allgemeinheit für den nicht navigatorischen Ortungsfunk innerhalb vollständig geschlossener Räume oder Behältnisse“ nicht mehr benötigt wird und beabsichtigt daher, diese über den 31.12.2023 hinaus nicht zu verlängern.

Für die Anwendung der Tankradare des nicht navigatorischen Ortungsfunk in den genannten Frequenzbereichen besteht weiterhin die Vfg. 87/2018 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für Funkbewegungsmelder kleiner Leistung, Tank-Radar (Tank Level Probing Radar, TLPR) und bodengestützte Radare mit synthetischer Apertur (Ground Based Synthetic Aperture Radar, GBSAR)“, sowie Vfg. 122/2022 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen zur professionellen Nutzung von Radaren zur Füllstandsondierung; „Level Probing Radar (LPR)“.

Die interessierten Kreise haben die Möglichkeit, hierzu Stellung zu nehmen. Stellungnahmen sind in deutscher Sprache bis zum 06.12.2023 vorrangig elektronisch im PDF-Dateiformat (Kopieren und Drucken muss zugelassen sein) an 221.Postfach@BNetzA.de

zu senden. Schriftliche Stellungnahmen können an Bundesnetzagentur, Referat 221, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz geschickt werden.

221-5

Mitteilung Nr. 203/2023

Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG)

Die Bundesnetzagentur wurde von der französischen Marktüberwachungsbehörde (ANFR) darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Frankreich nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgende Funkanlage:

Produktart: Mobilfunktelefon
Modell: iPhone 12 (A2403)
Hersteller: Apple Inc., Vereinigte Staaten von Amerika

Beschreibung der Nichtkonformität:

In Labortests hat die ANFR im Hinblick auf das iPhone 12 (A2403) festgestellt, dass die spezifische Absorptionsrate (SAR) den in den geltenden Normen festgelegten Grenzwert für Körpergliedmaßen überschreitet.

Weitere Details zur Maßnahme in Frankreich sind auf der Internetseite der ANFR (www.anfr.fr) zu finden.

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 30 Absatz 1 Satz 3 FuAG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 204/2023
Veröffentlichung der Stellungnahmen zu einem Antrag auf Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 73 Absatz 2 TKG zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze

Gemäß § 73 Absatz 1 TKG ist der Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen am passiven Netzabschlusspunkt zu gewähren. Nach § 73 Absatz 2 TKG kann die Bundesnetzagentur von diesem Grundsatz Ausnahmen durch eine Allgemeinverfügung zulassen. Sie berücksichtigt dabei weitestmöglich die nach Artikel 61 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2018/1972 vom GEREK erstellten Leitlinien und wahrt die Endgerätewahlfreiheit nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU).

Mit Mitteilung 118/2023 im Amtsblatt 13/2023 vom 12.07.2023 war ein Antrag zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze veröffentlicht und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Die eingegangenen Stellungnahmen können auf der folgenden Internetseite abgerufen werden:

www.bundesnetzagentur.de → Fachthemen → Telekommunikation → Unternehmenspflichten → Schnittstelle Netzabschluss.

Die nach § 73 Absatz 2 Satz 3 TKG zu Beteiligten erhalten hiermit Gelegenheit, zu den eingegangenen Stellungnahmen **bis zum 06. Dezember 2023** bei der

Bundesnetzagentur
Referat 416
Postfach 80 01
53105 Bonn

schriftlich oder mittels E-Mail an 416.Postfach@bnetza.de

Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen sollten per Brief und zusätzlich als editierbare Datei per E-Mail übersandt werden.

Die Bundesnetzagentur behält sich vor, die Stellungnahmen zu veröffentlichen (in einer zusammengefassten Form oder vollständig). Ausführungen, bei denen es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt, sind entsprechend zu kennzeichnen. Eine um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigte Fassung für die Veröffentlichung sollte in diesem Falle beigelegt werden. Wenn keine geschwärzte Fassung beigelegt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und die Stellungnahme daher unverändert veröffentlicht werden kann.

416

Mitteilung Nr. 205/2023
Vollständiger Widerruf von Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in einzelne Festnetze
hier: Veröffentlichung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens

Der gemeinsame (Muster-)Entwurf der Entscheidung in den o. g. Verfahren wurde im Internet am 20.09.2023 veröffentlicht. Ein entsprechender Hinweis erschien im Amtsblatt Nr. 18/2023 vom 20.09.2023 per Mitteilung Nr. 165. Die Stellungnahmefrist endete am 20.10.2023.

Die eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen können im Internet der Bundesnetzagentur unter „Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultation“ eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Die Beschlusskammer wertet die Stellungnahmen aus und prüft den Entscheidungsentwurf dahingehend, ob und ggf. inwieweit dieser im Lichte der Stellungnahmen anzupassen ist.

Es ist beabsichtigt, den überarbeiteten Entwurf nach behördeninterner Information und Abstimmung (§ 211 Abs. 5 TKG) und Beteiligung des Bundeskartellamts (§ 197 Abs. 2 Nr. 2 TKG) gemäß §§ 14 Abs. 3 i. V. m. 12 Abs. 2, S. 1 TKG der EU-Kommission, dem GEREK und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Der Entscheidungsentwurf ist dann auf den Internetseiten der EU-Kommission abrufbar.

Die endgültige Entscheidung ergeht im Anschluss an das Notifizierungsverfahren und wird ebenfalls im Amtsblatt und auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

BK3d-23/011 bis 075

Mitteilung Nr. 206/2023
TKG § 12 Abs. 1 S. 2; Veröffentlichung der Stellungnahmen im Anhörungsverfahren zum Entwurf für eine Marktdefinition und -analyse betreffend den Markt für die Anrufzustellung auf der Vorleistungsebene in einzelnen öffentlichen Telefonnetzen an festen Standorten (Markt Nr. 1 der Märkte-Empfehlung 2014) BK1-23/001

Zum Zweck der Durchführung einer nationalen Konsultation im Sinne des § 12 Abs. 1 TKG hat die Bundesnetzagentur am 20.09.2023 einen Entwurf für eine Marktdefinition und Marktanalyse betreffend den Markt für die Anrufzustellung auf der Vorleistungsebene in einzelnen öffentlichen Telefonnetzen an festen Standorten (Markt Nr. 1 der Märkte-Empfehlung 2014) auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Die entsprechende Mitteilung Nr. 164/2023 erfolgte im Amtsblatt Nr. 18/2023. Damit wurde interessierten Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 20.10.2023 einschließlich gegeben. Es sind vier Stellungnahmen eingegangen.

Gemäß § 12 Abs. 1 TKG wird hiermit darauf hingewiesen, dass die Stellungnahmen zum Anhörungsverfahren im oben genannten Verfahren im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultation mit dem Aktenzeichen BK1-23/001 eingesehen bzw. heruntergeladen werden können. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind nach § 12 Absatz 1 Satz 2 TKG gewahrt.

BK1-23/001

Mitteilung Nr. 207/2023**§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag des Michael Rack (RSM Freilassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen****hier: BK11-23/016**

Herr Michael Rack (RSM Freilassing) hat mit E-Mail vom 23.10.2023, sinngemäß folgenden Antrag auf Beilegung eines Streits mit der Gemeinde Ainring gestellt:

Die Gemeinde Ainring wird dazu verpflichtet eine Mitbenutzung öffentlicher Versorgungsnetze gemäß § 149 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 138 zu fairen und angemessenen Bedingungen zu gewähren.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK11-23/016 geführt.

Die **öffentliche mündliche Verhandlung** findet am 17.01.2024 um 10.00 Uhr im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur statt.

Personen oder Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung berührt werden, können die Beiladung zum Verfahren beantragen. Entsprechende Anträge sind zu richten an

Bundesnetzagentur
Beschlusskammer 11
Tulpenfeld 4,
53113 Bonn

oder elektronisch an: BK11.Postfach@BNetzA.de.

Hinweise:

1. Sofern eine Stellungnahme **Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten (inkl. einer Liste, in der die Schwärzungen substantiiert begründet sind). Sofern keine öffentliche Fassung beigelegt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält (vgl. § 216 TKG).

Soweit in dem Dokument **personenbezogene Daten** (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

2. Gemäß § 215 Abs. 5 TKG kann die Beschlusskammer Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf einer gesetzten Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung der Beschlusskammer die Erledigung des Verfahrens verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

3. Stellungnahmen sind an die o. g. postalische oder elektronische Adresse zu richten.

4. Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden den Beigeladenen zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über GBG im Verfahrensordner BK11-23-016 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie auf der Seite der Beschlusskammer 11 unter „Aktuelles“ oder unter dem Link www.bnetza.de/bk11aktuell. Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab

sofort und bis ca. sechs Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen.

Die nach § 149 Abs. 7 Nr. 1 TKG viermonatige Regelentscheidungsfrist endet am 23.02.2024. Diese Frist kann bei außergewöhnlichen Umständen um höchstens zwei Monate verlängert werden, § 149 Abs. 8 TKG.

BK11-23/016

Mitteilung Nr. 208/2023**§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38 ff TKG;****Entgeltgenehmigungsantrag der Telekom Deutschland GmbH vom 18.10.2023 für die laufenden Überlassungsentgelte der Carrier-Festverbindungen CFV-SDH ab 01.01.2024**

Die Telekom Deutschland GmbH hat mit Schreiben vom 18.10.2023 den o. g. Entgeltgenehmigungsantrag gestellt.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK2a-23-003 geführt.

Die Bundesnetzagentur hat den Antrag sowie die geschwärzte Fassung der Kostenunterlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Details sind über die Homepage der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammern – Beschlusskammer 2 – Aktuelles – aktuelle Anträge – veröffentlicht.

Der Termin für die **öffentlich mündliche Verhandlung** vor der Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur wurde bestimmt auf **den 20.11.2023, 10:00 Uhr** und findet im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, im **Haus 7, Raum 0.02** statt. Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein. Die Beschlusskammer bittet um **Anmeldung** bei geplanter Teilnahme an das Postfach BK2.-Postfach@BNetzA.de bis zum **15.11.2023, 12:00 Uhr**.

Die erforderlichen Einwahlmöglichkeiten sowie ggfs. weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht.

Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden den Verfahrensbeteiligten zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über die Dokumenten-Austauschplattform „Geschlossene Benutzergruppe“ (GBG) im Bereichsordner BK2a-23-003 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie unter www.bundesnetzagentur.de auf der Seite der Beschlusskammer 2 unter „Aktuelles“, Aktuelle Mitteilungen der Beschlusskammer 2. Sollte Ihnen die Registrierung nicht möglich sein, bitten wir Sie um eine diesbezügliche Rückmeldung.

Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab sofort und bis ca. 6 Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen

Etwaige **Stellungnahmen können bis zum 15.11.2023** auf dem Postweg an die Bundesnetzagentur, Beschlusskammer 2, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder elektronisch an BK2.-Postfach@BNetzA.de jeweils unter Angabe des Aktenzeichens BK2a-23-003 gesendet werden.

Sofern Ihre Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, fügen Sie bitte eine öffentliche Fassung Ihrer Stellungnahme ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei. Wenn Sie keine öffentliche Fassung beifügen, wird davon ausgegangen, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, vgl. § 136 TKG.

Sollten in Ihrer Stellungnahme ferner personenbezogene Daten enthalten sein, wird darum gebeten, entweder eine schriftliche (bzw. elektronisch erfolgende) Einwilligung zur Offenlegung von demjenigen vorzulegen, dessen personenbezogenen Daten enthalten sind. Sofern eine solche Einwilligung nicht erteilt wird, wird gebeten, die personenbezogenen Daten ebenfalls zu schwärzen.

Die 10-wöchige Verfahrensfrist endet am 27.12.2023. Daran schließen sich die nationale Konsultation und die Zuleitung des Entscheidungsentwurfs an die EU-Kommission, das GEREK und die übrigen nationalen Regulierungsbehörden gem. §§ 13 Abs. 1 Satz 2, 12 Abs. 2 Nr. 1 TKG an.

BK2a-23-003

Mitteilung Nr. 209/2023

§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38 ff TKG;

Entgeltgenehmigungsantrag der Telekom Deutschland GmbH vom 18.10.2023 für die laufenden Überlassungsentgelte der Carrier-Festverbindungen CFV-Ethernet over SDH ab 01.01.2024

Die Telekom Deutschland GmbH hat mit Schreiben vom 18.10.2023 den o. g. Entgeltgenehmigungsantrag gestellt.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK2a-23-004 geführt.

Die Bundesnetzagentur hat den Antrag sowie die geschwärzte Fassung der Kostenunterlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Details sind über die Homepage der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammern – Beschlusskammer 2 – Aktuelles – aktuelle Anträge – veröffentlicht.

Der Termin für die **öffentlich mündliche Verhandlung** vor der Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur wurde bestimmt auf **den 20.11.2023, 10:00 Uhr** und findet im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, im **Haus 7, Raum 0.02** statt. Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein. Die Beschlusskammer bittet um **Anmeldung** bei geplanter Teilnahme an das Postfach BK2-Postfach@BNetzA.de bis zum **15.11.2023, 12:00 Uhr**.

Die erforderlichen Einwahlmöglichkeiten sowie ggfs. weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht.

Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden den Verfahrensbeteiligten zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über die Dokumenten-Austauschplattform „Geschlossene Benutzergruppe“ (GBG) im Bereichsordner BK2a-23-004 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie unter www.bundesnetzagentur.de auf der Seite der Beschlusskammer 2 unter „Aktuelles“, Aktuelle Mitteilungen der

Beschlusskammer 2. Sollte Ihnen die Registrierung nicht möglich sein, bitten wir Sie um eine diesbezügliche Rückmeldung.

Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab sofort und bis ca. 6 Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen

Etwaige **Stellungnahmen können bis zum 15.11.2023** auf dem Postweg an die Bundesnetzagentur, Beschlusskammer 2, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder elektronisch an BK2-Postfach@BNetzA.de jeweils unter Angabe des Aktenzeichens BK2a-23-004 gesendet werden.

Sofern Ihre Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, fügen Sie bitte eine öffentliche Fassung Ihrer Stellungnahme ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei. Wenn Sie keine öffentliche Fassung beifügen, wird davon ausgegangen, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, vgl. § 136 TKG.

Sollten in Ihrer Stellungnahme ferner personenbezogene Daten enthalten sein, wird darum gebeten, entweder eine schriftliche (bzw. elektronisch erfolgende) Einwilligung zur Offenlegung von demjenigen vorzulegen, dessen personenbezogenen Daten enthalten sind. Sofern eine solche Einwilligung nicht erteilt wird, wird gebeten, die personenbezogenen Daten ebenfalls zu schwärzen.

Die 10-wöchige Verfahrensfrist endet am 27.12.2023. Daran schließen sich die nationale Konsultation und die Zuleitung des Entscheidungsentwurfs an die EU-Kommission, das GEREK und die übrigen nationalen Regulierungsbehörden gem. §§ 13 Abs. 1 Satz 2, 12 Abs. 2 Nr. 1 TKG an.

BK2a-23-004

Mitteilungen

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 210/2023

Einleitung eines Verfahrens zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten

§ 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten

Die Beschlusskammer 8 hat ein Verfahren zur Festlegung der Anerkennung der von Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen entstehenden Kosten nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG eingeleitet und hat dazu von der Ermächtigungsgrundlage aus § 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG Gebrauch gemacht.

Der Gesetzgeber hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende eine neue Kostentragsregel geschaffen (§ 3 Absatz 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 MsbG i. d. F. 27.05.2023), nach der Netzbetreiber an den Entgelten für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen maximal in Höhe einer anteiligen Preisobergrenze nach § 30 MsbG beteiligt werden und diese in den Entgelten für den Netzzugang berücksichtigt werden dürfen. Hierzu prüft die Beschlusskammer die Möglichkeiten der Kostenabbildung, auch im Zusammenhang mit der Regelung des § 5 Abs. 1 Satz 3 ARegV. Diese Norm sieht im Regulierungskonto keine Berücksichtigung der Kosten für den Messstellenbetrieb von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen vor, dies führt im Ergebnis zu einer Absenkung der Netzkosten aus dem Messstellenbetrieb durch den Austausch von konventionellen Messeinrichtungen durch moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsystemen.

Im Rahmen dessen wird die Beschlusskammer 8 die Konsultation mit einem Eckpunktepapier zur künftigen Behandlung der Kosten des Messwesens im Rahmen einer Festlegung baldmöglichst einleiten und öffentlich zur Konsultation stellen. Konzepte durch die betroffenen Netzbetreiber und Netznutzer, die über die Anerkennung der Zusatzkosten gem. § 3 Absatz 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 Abs. 2 Satz 1 MsbG i. d. F. 27.05.2023 als sog. „dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten“ auf Plankostenbasis hinausgehen, werden auch im Vorfeld schon angenommen.

Die Festlegung trifft bundeseinheitliche Regelungen und soll sich an Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen nach § 3 Nr. 2 EnWG im gesamten Bundesgebiet richten.

Informationen hierzu können auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>), unter den Menüpunkten „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Aktuelles“ abgerufen werden.

Mitteilung Nr. 211/2023

Einleitung des Festlegungsverfahrens „REGENT 2026“ (BK9-23/610)

Die Beschlusskammer 9 hat gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 2 und 3 EnWG i. V. m. Art. 6 Abs. 11 und Art. 7 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Art. 4 Abs. 1, 2 und 4, Art. 6 Abs. 4 lit. a und c, Art. 7, Art. 9 Abs. 1, Art. 26 und Art. 27 der Verordnung (EU) 2017/460 sowie § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV i. V. m. § 28 S. 1 Nr. 3 ARegV unter dem oben genannten Aktenzeichen ein Verfahren eingeleitet. Die Einleitung des Verfahrens wird im Amtsblatt der Bundesnetzagentur und im Internet veröffentlicht.

Das Verfahren dient der Festlegung einer Referenzpreismethode sowie der weiteren in Art. 26 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/460 genannten Punkte für alle im bundesweiten Ein- und Ausspeisesystem tätigen Fernleitungsnetzbetreiber.

Mitteilung Nr. 212/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-11/227A03

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, vom 31.03.2020 auf Änderung der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Netzausbau Schleswig-Holstein zur Integration von EEG-Einspeisung (Teil 1)“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 01.10.2020 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-11-227 vom 02.04.2015, letztmalig geändert durch Beschluss BK4-11-227A02 vom 18.10.2018, erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Netzausbau Schleswig-Holstein zur Integration von EEG-Einspeisung (Teil 1)“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme wird für das Projekt „Netzausbau Schleswig-Holstein zur Integration von EEG-Einspeisung (Teil 1)“ in der technischen Ausführung des Änderungsantrags vom 31.03.2020 genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-11/227A03

Mitteilung Nr. 213/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-13/096A03

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, vom 06.02.2020 auf Änderung der nach § 23 Abs. 1 Satz 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmenpaket 102_1: Netzverstärkung Wolmirstedt-Helmstedt-Wahle“, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 01.10.2020 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-13-096 vom 13.07.2015, letztmalig geändert durch Beschluss BK4-13-096A02 vom 10.04.2019, erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmenpaket 102_1: Netzverstärkung Wolmirstedt-Helmstedt-Wahle“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme wird für das Projekt „Maßnahmenpaket 102_1: Netzverstärkung Wolmirstedt-Helmstedt-Wahle“ in der technischen Ausführung des Änderungsantrags vom 06.02.2020 genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-13/096A03

Mitteilung Nr. 214/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-13/118A03

In dem Verwaltungsverfahren auf Grund des Antrags der TenneT TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, vom 30.11.2021 auf Änderung der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmenpaket 135_1: Ertüchtigung Umspannungswerk Conneforde“, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 16.03.2022 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-13-118 vom 15.01.2014, letztmalig geändert durch Beschluss BK4-13-118A02 vom 25.03.2021, erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmenpaket 135_1: Ertüchtigung Umspannungswerk Conneforde“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme wird für das Projekt „Maßnahmenpaket 135_1: Ertüchtigung Umspannungswerk Conneforde“ in der technischen Ausführung des Änderungsantrags vom 30.11.2021 genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-13/118A03

Mitteilung Nr. 215/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-16/067A01

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 16.03.2023 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-16-067 vom 13.02.2020 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Aufbau einer IT-Sicherheitsarchitektur“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 13 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Aufbau einer IT-Sicherheitsarchitektur“ wird genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-16/067A01

Mitteilung Nr. 216/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-17/044A01

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 27.01.2023 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-17-044 vom 01.07.2021 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmen zum Schutz National Kritischer Infrastrukturen“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Maßnahmen zum Schutz National Kritischer Infrastrukturen“ wird in dem aus den Gründen ersichtlichen Umfang im Hinblick auf die Teilprojekte (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) sowie „Erhöhung Anlagensicherheit“ genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-17/044A01

Mitteilung Nr. 217/2023

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV - Strombereich, hier: BK4-18/060

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 23.12.2023 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Umverlegung der 380-kV-Leitung Preilack - Streumen“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/060

Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn Tulpenfeld 4 53113 Bonn Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: amtsblatt@bnetza.de
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: amtsblatt@bnetza.de Der Versand erfolgt gegen Rechnung